



Antrag

der Abgeordneten **Gudrun Brendel-Fischer, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Stephan Oetzinger, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bewährte Vereinfachungen in der Staatsverwaltung beibehalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- zu berichten, in welchen Bereichen der Staatsverwaltung pandemiebedingte Vereinfachungen bei bürokratischen Vorgaben ermöglicht wurden,
- zu prüfen, inwieweit derartige Änderungen, z. B. Wertgrenzen bei Ausschreibungen, vereinfachte Dokumentationen u. ä. zukünftig beibehalten werden können.

Begründung:

So coronabedingte Änderungen von Verwaltungsabläufen keine nachteiligen Auswirkungen nach sich ziehen und gleichzeitig Erleichterungen für alle Beteiligten bedeuten, sollten diese beibehalten werden. Damit können Zeit, Kosten und Personalressourcen eingespart werden.